



FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.eu>
<http://www.cdcsu.eu>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

Villingen, 24. Oktober 2008

Andreas Schwab (EVP-ED/CDU):

Wettbewerbsbeschränkungen vermeiden: Kfz-Händler brauchen auch nach 2010 spezifische Regelung!

"Natürlich sollte die Kommission dem Ziel verpflichtet sein, den 'Wettbewerb auf dem Markt zu schützen'. Ein *funktionierender* Binnenmarkt kann aber nur durch den Erhalt des Gleichgewichts zwischen allen Akteuren und Anbietern- großen und kleinen- geschaffen werden", so der stellvertretende EVP-ED-Koordinator im Binnenmarktausschuss Andreas Schwab als Reaktion auf die Antwort von Kommissarin Kroes auf seine schriftliche Anfrage zur Zukunft der Kfz-Gruppenfreistellungsverordnung (GVO).

Die Kommission hatte nochmals ihr Vorhaben bestätigt, die seit 2002 geltende Kfz-Gruppenfreistellungsverordnung (GVO), die den Vertrieb und Service von neuen Kraftfahrzeugen regelt, nach deren Auslaufen im Jahr 2010 nicht mehr zu erneuern, sondern durch eine branchenübergreifende Vertikal-GVO zu ersetzen. " Um den Wettbewerb in diesem Sektor, zwischen Automobilherstellern und Händlern, aufrecht zu erhalten und das breite Angebot von Händlern an ihre Kunden sicherzustellen, sind entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen notwendig. Eine sektorspezifische Lösung ist auch aufgrund der Besonderheiten der Automobilwirtschaft, wie technischer Komplexität und auch aus Sicherheitsgründen, notwendig", meint Schwab.

So erlaube die bestehende Verordnung z.B., dass Händler ihren Kunden, ohne Erlaubnis des Herstellers, Fahrzeuge verschiedener Marken anbieten, was von vielen Kunden begrüßt werde. "Mit Wegfall der Verordnung könnten damit Automobilhersteller die Händler dazu zwingen, die zweite oder dritte Marke wieder aufzugeben- zu Lasten des Angebots und damit der Kunden." Auch könnten die Bestimmungen zu Kündigungsmodalitäten zwischen Herstellern und Händlern, zu Laufzeiten von Verträgen und Schiedsverfahren wegfallen- ein Rückschritt auf eine Regelung von 1985, die den heutigen Wettbewerbsverhältnissen nicht Rechnung trägt", erklärt der südbadische CDU-Abgeordnete.

In Gesamtdeutschland wären rund 40.000 Autohäuser und Werkstätten betroffen, in Baden-württemberg alleine 4.500.

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Andreas Schwab, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2837938

EVP-ED-Pressestelle, Knut Götz, Tel.: +32 - 479 - 972144